

2x NEIN zu den extremen Agrar-Initiativen

Komitee gegen die extremen Agrarinitiativen

Medienkonferenz des nationalen Komitees gegen die extremen Agrarinitiativen vom 9. März 2021

Etwas anderes bestellt als geliefert

Referat Nationalrat Markus Ritter, Präsident Schweizer Bauernverband

Am 13. Juni kommen die beiden Initiativen «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» und «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» vors Volk. Die Trinkwasserinitiative will die Direktzahlungen neu verteilen. Die beiden Hauptforderungen für den Erhalt des Bundesgeldes sind hochproblematisch: 1. Nur Betriebe die keine Pestizide einsetzen und 2. Nur Betriebe die für ihre Tiere kein Futter zukaufen. Was sind Pestizide? Vision Landwirtschaft – und die gehören ja ganz sicher nicht zur viel erwähnten Bauernlobby – schrieb dazu: Pestizide sind toxische chemische Substanzen, die in der Landwirtschaft und im Gartenbau eingesetzt werden, um unerwünschte Tiere, Pflanze oder Pilze abzutöten oder schädigen. Pestizide können synthetischen oder natürlichen Ursprungs sein. Sprich, die erste Forderung schliesst auch Mittel mit ein, die im Biolandbau zum Einsatz kommen. Somit sind auch Biobetriebe davon betroffen. Dasselbe gilt für die Futterforderung. Vor allem Geflügel- oder Schweinebetriebe bräuchten grosse Flächen Ackerland, um sämtliches Futter für ihre Tiere selbst zu produzieren. Nur den wenigsten Bauernfamilien wäre es möglich, diese Forderung zu erfüllen.

Für die Betriebe ergeben sich aus den Forderungen der Trinkwasserinitiative zwei Optionen: Auf Direktzahlungen verzichten und keine neuen Auflagen haben oder die problematischen Bereiche aufgeben, zu denen anspruchsvolle Kulturen wie Obst, Gemüse, Wein, Kartoffeln, Raps, Zuckerrüben sowie Geflügel und Schweinehaltung gehören. Beide Varianten bringen keinen Mehrwert für die Umwelt. Im ersten Fall müssen die Betriebe auch die ökologischen Mindestanforderungen für den Erhalt der Direktzahlungen nicht mehr erfüllen, wie z.B. eine Mindestfläche von 7 Prozent zur Förderung der Biodiversität. Im zweiten Fall produzieren wir gewisse Lebensmittel nicht oder kaum mehr und müssen diese vermehrt importieren. Weil für die Importe keine Auflagen gelten, verlagern wir unseren konsumbedingten ökologische Fussabdruck weiter ins Ausland. Mit dem Schutz des Trinkwassers hat die Initiative sowieso nichts zu tun.

Die Pestizidfrei-Initiative will den Einsatz von synthetischen Pestiziden verbieten. Im Inland, aber auch bei importierten Lebensmitteln. Damit ist sie zumindest viel konsequenter in ihren Forderungen als die Trinkwasserinitiative. Die Probleme hier sind anders gelagert. Erstens wären solche Auflagen an Importe nicht WTO-konform. Damit würde die Schweiz ihre Handelsverpflichtungen verletzen. Zu befürchten ist deshalb, dass die Initiative nur im Inland umgesetzt und damit zu einem enormen Wettbewerbsnachteil für die Schweizer Landwirtschaft führen würde. Zweitens können die Konsumentinnen und Konsumenten bereits heute ein Komplettangebot an biologisch produzierten Lebensmitteln kaufen. Bei denen kommen keine synthetischen Pestizide zum Einsatz. Der Marktanteil liegt heute bei rund 11 Prozent. Das liegt auch an den höheren Produktionskosten und damit höheren Ladenpreisen, die sich nicht alle leisten können oder wollen. Sprich, das Angebot komplett umzustellen, ist nicht nachfragekonform. Es gäbe eine Art Angebotsdiktat, das keinerlei Wahlfreiheit mehr ermöglicht.

Die Initiativen sind zu extrem, weshalb unsere Bauernfamilien sie grossmehrheitlich ablehnen. Während bei der Pestizidfrei-Initiative zumindest ein Teil der Biobetriebe diese unterstützt, ist das Feld bei der Trinkwasserinitiative – von Einzelmasken abgesehen – sehr geschlossen dagegen.